



„Minderheitsregierung ist denkbar“

Der Aufsichtsrat der „Banken-Staatsholding“, Hannes Androsch, über die Finanz- und die Wirtschaftskrise.

VON REINHARD GÖWEIL

Er gilt immer noch als exzellenter politischer Kopf: Ex-Finanzminister und nunmehriger Industrieller Hannes Androsch (70). Er glaubt an eine Rezession nächstes Jahr als Folge der Finanzkrise und fordert ein rasches Konjunkturpaket. Sollte die Volkspartei, der er vorwirft zu bremsen, nicht einlenken, ermuntert er im Interview SP-Chef Werner Faymann, es doch mit einer Minderheitsregierung zu versuchen.

„Die Banken haben vorgegeben, dass es risikolos ist und sie haben in den fetten Jahren keine Eigenmittel aufgebaut.“



Androsch warnt die kommende Regierung: Wir schlittern in ein hohes Defizit, wenn die Wirtschaft schrumpft. Und politisch stünde am Ende ein Rechtsruck.

KURIER: Was werden die Schwerpunkte der neuen Banken-Staatsholding sein?

Hannes Androsch: Zuerst ist zu sagen, dass die Kommunalkredit in trockenen Tüchern ist. Das wäre eine Kernschmelze geworden. Nun müssen wir erkennen, dass das Osteuropageschäftsmodell der heimischen Banken zu hinterfragen ist. Das Engagement liegt bei umgerechnet 290 Milliarden Dollar, das sind 70 Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung. Und das Beispiel Ungarn hat gezeigt, dass hier auch enorme Risiken schlummern.

Aber die heimische Wirtschaft hat bisher in Osteuropa sehr gut verdient. Soll sie darauf verzichten?

Nein, aber die Banken haben vorgegeben, dass es risikolos ist, und sie haben in den fetten Jahren keine Eigenmittel aufgebaut. Jetzt steht Osteuropa als Klumpenrisiko da, und wir wissen nicht, welche Abschreibungen in den Bilanzen daher kommen. Was aber immer passiert, die inländische Kreditvergabe muss erhalten bleiben. Das ist der Zweck des staatlichen Beteiligungskapitals.

Obwohl die Notenbanken die Leitzinsen senken, werden Kredite teurer. Das ist der wirtschaftlichen Entwicklung aber nicht gerade förderlich.

Die Banken refinanzieren sich halt teurer, aber mit dem Kapital muss die Anhe-



TAGESGESPRÄCH

Hannes Androsch im Gespräch mit Reinhard Göweil

bung so niedrig wie möglich gehalten werden. Die Hilfspakete halten das Geldwesen funktionstüchtig, und dieses Geldwesen ist ein öffentliches Gut. Diese Verantwortung müssen auch die Banken sehen. Aber wir werden daneben noch ein Konjunkturpaket brauchen.

Die Regierungsbildung verläuft eher zäh, es ist damit zu rechnen, dass es mit dem Konjunkturpaket noch dauern wird.

Ich halte die Diskussion um Budget-Pfade und ähnliches für überflüssig. Wir müssen jetzt

klotzen, nicht kleckern. Wer jetzt Sparmeister spielt, wird am Ende als Verschwendungskönig dastehen. Wir schlittern in ein hohes Defizit, wenn die Wirtschaft schrumpft, und davon gehe ich aus. Und politisch stünde am Ende ein Rechtsruck. Wer sollte das wollen?

Niemand vermutlich, aber es gibt halt keine Regierung.

Die Volkspartei ist in den Österreich-Gesprächen völlig isoliert, es steht 1:4. Wenn die VP weiter taktiert und Faymann eine Falle stellt, in die der ohnehin nicht geht, ist eine Minderheitsregierung noch das Beste. Im Ernstfall würde Faymann das auch machen.

Aber eine solche Regierung wäre nicht sehr stabil.

Stabiler als die Große Koalition der vergangenen zwei Jahre auf jeden Fall. Was ist jetzt notwendig? Ein Konjunktur-Unterstützungspaket, inklusive Steuerentlastung. Und dann ein Zwei-Jahres-Budget. In die zweite Hälfte 2010 könnte so eine Minderheitsregierung schon

kommen. Und das ist schon besser als einfache Blockade zu spielen.

Wie umfangreich sollte denn so ein Konjunkturpaket sein?

Nach internationalen Vorgaben etwa drei Prozent der Wirtschaftsleistung, also etwa neun Milliarden Euro. Da muss auch der Industrie Zugang zu billigerem Geld verschafft werden. Es sollte einen raschen Ausgleich der Steuerprogression geben, und eine degressive Abschreibung von Investitionen. Als Gegenfinanzierung könnte endlich die Verwaltungs- und Staatsreform gemacht werden, und ich kann mir Einsparungen bei der E-Wirtschaft und der Wohnbauförderung vorstellen.

Staatshilfe für österreichische Banken



Constantia Privatbank
Auffanggesellschaft übernimmt die Bank um symbolischen Preis. 400 Mio. Euro Zuschuss durch Banken (mit Bundesgarantie) 50 Mio. Euro von OeNB.
Zusammensetzung der Auffanggesellschaft:

Erste Bank
Republik Österreich zeichnet Partizipationskapital der Bank über 2,7 Mrd. Euro und erhält dafür 8 % Zinsen. Es hat keine Stimmrechte und ist frühestens nach fünf Jahren rückzahlbar.

RZB, Bank Austria und Bawag PSK
wollen Eigenkapitalhilfe des Staates prüfen.

Kommunalkredit
Kommunalkredit wird voll verstaatlicht. Bund übernimmt um 2 Euro 99,78 % von ÖVAG und Dexia und sagt Hilfgelder zu: ÖVAG hält 173 Mio. Euro PS-Kapital, Dexia 200 Mio. Euro; ÖVAG könnte nun selbst 600 Mio. Euro Staatshilfe brauchen.

Hypo
LH Platter empfiehlt landeseigener Hypo Tirol, Eigenkapitalhilfe des Staates (rd. 100 Mio. Euro) zu prüfen. Hypo NÖ prüft intensiv, Hypo Alpe-Adria (Kärnten) gilt als Fixstarter.

Banken

Neuer Vorstand in Kommunalkredit

Bei der verstaatlichten Kommunalkredit scheidet Generaldirektor Reinhard Platzer und Vorstand Leopold Fischer aus, der Dexia-Mann im Vorstand bleibt. Den Aufsichtsrat werden die Chefs der „Banken-ÖIAG“, Klaus Liebischer und Adolf Wala leiten. Im ORF-Radio wurde Max Kothbauer als neuer Vorstand genannt. In den nächsten Tagen wird auch der bisherige Eigentümer Volksbanken AG Staatskapital beantragen.

Chef der Constantia Privatbank wird Andreas Grünbichler, derzeit bei der Versicherung Zurich Financial.